

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868**

5.2.1868 (No. 30)

# Karlsruher Zeitung.

Wittwoch, 3. Februar.

N. 30.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

## Karlsruhe, den 4. Februar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben heute Mittag um 12 Uhr den Königl. sächsischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Wirklichen Geheimen Rath von Bose, in feierlicher Audienz zu empfangen und aus dessen Händen das Schreiben Seiner Majestät des Königs von Sachsen entgegenzunehmen geruht, welches ihn von seinem bisher am Großh. Hofe bekleideten Posten abberuft. Nachdem der Herr Gesandte hierauf die Ehre hatte, auch von Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin empfangen zu werden, wurde derselbe um 5 1/2 Uhr zur Großherzoglichen Tafel gezogen.

## Dienstmachtigkeiten.

Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Wilhelm von Baden und  
Seine Großherzogliche Hoheit der Herr Markgraf Maximilian von Baden  
haben Sich gnädigst bewegen gelassen, den Rentamtmanu Kärcher in Schwetzingen zum Domänenrath bei Höchstföhler Domänenkanzlei zu befördern.  
Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz Karl von Baden und  
Seine Großherzogliche Hoheit der Herr Markgraf Maximilian von Baden  
haben gnädigst geruht, den Verwalter Stürzenacker in Bauschlott zum Vorstand des Rentamts Schwetzingen mit dem Titel Rentamtmanu zu ernennen.

## Badischer Landtag.

++ Karlsruhe, 4. Febr. 65. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer der Landstände. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.  
Regierungskommissäre: Ministerialpräsident Dr. Jolly, Ministerialrath Dr. Völgner und Kott.  
Der Präsident eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache: Meine Herren! Indem ich die Sitzung für eröffnet erkläre, erfülle ich die schmerzliche Pflicht, Ihnen die traurige Nachricht mitzutheilen, daß Staatsminister Mathy heute Nacht seiner schweren Erkrankung erlegen ist. Es ist dies ein schwerer Verlust, nicht nur für die Kammer, der er als Mitglied angehört, sondern für das ganze Land, dem er an hervorragender Stelle seine ausgezeichnete Thätigkeit widmete. Wie Wenige, hat er in reichem Maße die Wechsel der menschlichen Schicksale erfahren. Kaum in seinen praktischen Beruf eingetreten, in dem er, reich ausgestattet mit Kenntnissen und scharfem Verstand, Ausgezeichnetes zu leisten versprach, mußte er nach wenigen Jahren und nachdem er bereits das politische Feld auf eine Weise betreten hatte, welche die Aufmerksamkeit auf ihn lenkte, sein Heimatland verlassen, um im Ausland seine Unterthun zu suchen. Im Anfang der vierziger Jahre, wenn ich nicht irre im Jahr 1842, kam er durch die Wahl der Stadt Konstanz in diese Kammer, bereichert mit Kenntnissen und Erfahrungen, die er inzwischen auf politischem Gebiet und in öffentlichen Angelegenheiten gesammelt. Seine Thätigkeit als Mitglied der damaligen Opposition in dem konstitutionellen Kampf dieses Hauses mit der damaligen Regierung ist in unser Aller Gedächtnis. Im Jahr 1848 wurde er gegenüber der Revolution eine Stütze der verfassungsmäßigen Großh. Regierung, und als Staatsrath in das Großh. Staatsministerium berufen, aus welchem er nach zwei Jahren in Folge der Neubildung des Ministeriums austreten mußte, um ohne Dienst und Pension abermals anderwärts wieder eine Verwendung zu suchen. Wiederholt nahm er, und darin liegt sicher ein sprechender Beweis für das Vertrauen, das man in seine große Befähigung setzte, sehr bedeutende Stellen in großartigen Bank- und Handelsinstituten ein, bis es ihm beschieden war, wieder seiner Heimat dienstbar zu werden, indem er 1863 als Direktor der Großh. Hofdomänenkammer — zugleich mit Sitz im Finanzministerium — berufen, und bald darauf Präsident des Handelsministeriums wurde. Nach einer kurzen Zeit der Pensionierung wurde er im Juli 1866 zum höchsten Posten in der Großh. Staatsregierung berufen und zum Staatsminister der beiden Ministerien der Finanzen und des Handels ernannt. Hier war ihm ein reiches Gebiet der öffentlichen Thätigkeit von höchster Bedeutung eröffnet; die Neugestaltung Deutschlands, die große und schwierige Frage des Anschlusses unseres Heimatlandes an den Norddeutschen Bund, große Finanzoperationen, die Regelung der Verkehrs- und Steuerverhältnisse im Lande und Anderes waren sicher dazu angethan, die ganze Hingebung des Mannes in Anspruch zu nehmen, der, wie Wenige, befähigt war, sich so großen Aufgaben unterziehen zu können; aber in reichem Maße stand ihm das Vertrauen des Fürsten wie das des Landes zur Seite. Vieles, was geschehen, wird mit seinem Wirken in Verbindung gebracht werden.  
So dürfen wir wohl sagen, das Land hat einen schweren Verlust erlitten durch das Hinscheiden eines Mannes, dessen

Name seiner Geschichte wie der dieses Hauses angehört, einen Verlust, der um so mehr beklagt werden muß, als er mitten in die Versuche zur Lösung der großen Fragen hineinfällt, die noch ihrer Erledigung harren.

Sie Alle, meine Herren, theilen sicher meine Trauer um den Verlust dieses Staatsmannes und hochgeehrten Kollegen; ich bitte Sie, zum Zeichen Ihres Einverständnisses und Ihrer Theilnahme sich von Ihren Sitzen zu erheben!

Die sämmtlichen Anwesenden erheben sich, und das Haus beschließt auf Vorschlag des Präsidenten, die heutige Sitzung zu schließen und die zur Verabreichung angelegten Gegenstände morgen zu erledigen.

++ Karlsruhe, 4. Febr. 66. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Mittwoch den 5. Febr., Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Verabreichung des vom Abg. Turban erstatteten zweiten Berichts über den Gesetzentwurf, den Elementarunterricht betreffend. 3) Erstattung und Verabreichung des Berichts des Abg. v. Feder über den Entwurf eines Preßgesetzes. 4) Erstattung und Verabreichung des Berichts des Abg. Kufel über das Gesetz zur Abänderung des § 67 der Verfassungs-Urkunde, die Verantwortlichkeit der Minister betreffend. 5) Erstattung und Verabreichung des Berichts des Abg. Sachs über den Gesetzentwurf, die Anlage der Drähtstrahlen und die Feststellung der Baufluchten betreffend. 6) Verabreichung des vom dem Abg. Koberger erstatteten Berichts über die seit dem 1. Juni 1864 verkündeten provisorischen Gesetze, Bekanntmachungen und Verordnungen.

Druckfehlerberichtigung. In dem Bericht über die öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer der Landstände (Nr. 29 d. Bl.) ist in der Rede des Abg. Kirchner das Wort „nicht“ des Satzes: „wenn nicht wegen des Eintritts unterhandelt werde“ durch das Wort „einst“ zu ersetzen.

## Deutschland.

Karlsruhe, 4. Febr. Wir haben unseren Lesern die erschlatternde Trauerrichtung von dem in verfloßener Nacht um 12 1/4 Uhr erfolgten Hinscheiden Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers Mathy zu melden. Derselbe starb an einer Brustfell-Entzündung, welche nach bereits wieder eingetretener Besserung zu plötzlicher vollständiger Entkräftung führte.

Das badische Volk wird die Nachricht von diesem schweren Verlust für Fürt und Vaterland mit allgemeiner schmerzlicher Theilnahme aufnehmen.

Karlsruhe, 4. Febr. In der verfloßenen Nacht 12 1/4 Uhr ist Sr. Excellenz der Präsident des Großh. Staatsministeriums, Staatsminister der Finanzen und des Handels Herr Karl Mathy aus dem Leben geschieden.  
Er starb an einer von drei Wochen entstandenen Brustfell-Entzündung, deren bereits vorangeschrittene Ausbildung zu den besten Hoffnungen berechtigt hatte, die aber durch einen vor wenigen Tagen plötzlich eingetretenen Schwächezustand zerstört wurden.

Unser Land hat durch den Hintritt seines höchstgestellten Staatsmannes, welcher in der vollen Kraft eines reich ausgestatteten Geistes seinem Wirkungskreise entzissen wurde, einen schweren Verlust erlitten. Mit den Verhältnissen und Interessen des badischen Staats durch eine lange politische Thätigkeit innig vertraut und verwachsen und zugleich der treueste Sohn des deutschen Vaterlandes, war er wie Wenige berufen, den großen Aufgaben unserer Zeit in der Stelle zu dienen, welche ihm das hohe Vertrauen seines Fürsten angedeihen ließ.

Scharf in seiner Einsicht, unbefleht im Urtheil, unerschütterlich im Charakter und lauter im Willen bestätigte er die Wahrheit, daß nur der Bedeutendste vermag, welcher menschlich hervortritt. Die Welt hat seinem Wesen und Wirken ihre Anerkennung gezollt. Dankbarkeit und schmerzliche Theilnahme begleiten ihn bei seinem vorzeitigen Hintritt. Die Geschichte wird Karl Mathy den Verdiensten des badischen Landes und Staates beizählen.

Stuttgart, 2. Febr. (Würt. Corr.) Se. Maj. der König haben vergangene Woche eine Deputation der Reichstags-Abgeordneten, die die Wünsche ihrer Ständegenosse in Bezug auf die Revision der Verfassung vorzutragen hatte.

O Stuttgart, 3. Febr. Das Zollparlament-Wahlgesetz ist nun erledigt, indem die Erste Kammer gestern in einer Abend Sitzung das Gesetz einstimmig angenommen, jedoch dabei zu Protokoll erklärt hat, daß sie dabei entgegen der Annahme der Zweiten Kammer — von der Voraussetzung ausgeht, daß die Zahlung von 1864 zu Grund gelegt werde, indem die von 1867 in ihrem Gesamtergebnisse noch nicht amtlich festgestellt sei; wenn man das Resultat von 1867 zu Grund legen wollte, könnte es leicht dazu führen, daß das ganze Verfahren in Berlin beanstandet werde. Minister

\* Aus einem gestern (4. d.) Vormittags ausgegebenen Extrablatt wiederholt.

v. Geßler erklärte sich damit einverstanden. Der Unterschied zwischen der Zahlung von 1864 und 1867 besteht darin, daß nach ersterer ungefähr 1,742,000 Einwohner vorhanden, also nur 17 Abgeordnete zu wählen sind, während sich 1867 1,776,000 Einwohner nach der Bekanntmachung des „Staatsanz.“ ergeben haben; was jedoch insofern noch nicht amtlich feststeht, als die übliche amtliche Superrevision noch nicht beendet ist. Nach letzterer hätte Württemberg das Recht zu 18 Abgeordneten, muß sich aber jetzt mit 17 begnügen. — Sodann trat die Erste Kammer den abweichenden Beschlüssen des andern Hauses über den Gesetzentwurf, betreffend die Entschädigungsleistung für wegen Unterdrückung der Kinderpest getödtete Hausstiere, bei, und nahm das ganze Gesetz einstimmig an. Es werden somit 1/4 vom Staat, 1/4 von der Gemeinde vergütet.

München, 2. Febr. (Münch. Corr.) Die Verhandlungen, die zwischen der meiningischen und der bayrischen Regierung wegen Fortführung der Bahnlinie Schweinfurt-Kissingen in der vergangenen Woche dahier geführt wurden, haben ein Ende, aber kein definitives Resultat gefunden, da die meiningische Regierung erst zuwarten muß, bis ihr von dem Landtag das Geld bewilligt werde, welches sie zur Erbauung der 5 Stunden langen Bahnstrecke auf ihrem Gebiete braucht. Kann sie über die nöthigen Mittel verfügen, so werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

München, 2. Febr. (M. Stg.) Da das neue Wehrgesetz nun in Kraft getreten ist, so hat das Staatsministerium des Innern im Benehmen mit dem Kriegsministerium für die bevorstehende Konstriktion, der Aushebung aus der Altersklasse 1866, eine umfassende Instruktion an die Kreisregierungen erlassen. Es haben bei dieser Aushebung bereits mehrfache Bestimmungen des neuen Wehrgesetzes in Anwendung zu kommen.

Weimar, 1. Febr. Der Landtag lehnte in seiner heutigen Sitzung den Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts mit 17 gegen 13 Stimmen ab.

Dresden, 2. Febr. (Gr. St.) Der Zweiten Kammer ist gestern das Königl. Dekret betreffs der Abschaffung der Todesstrafe, sowie anderer Milderungen der Strafgesetzgebung zugegangen. Unter Andern ist die Umwandlung der Gefängnisstrafe in körperliche Züchtigung ebenfalls in Wegfall gekommen. — Es sind gegenwärtig eine große Zahl preuß. Postbeamten zur Anstellung bei den Postämtern des Landes in Verwendung, wenn es auch nicht gegründet ist, daß 40—50 (in Wahrheit 13) allein hier in Dresden fungiren. Die durch das Bundespostwesen bedingten Veränderungen haben das gesammte sächsische Postpersonal vollständig in Anspruch genommen, so daß die von preussischer Seite gewordene Anstellung, abgesehen von deren Veranlassung, nur willkommen geheißen werden kann.

Hamburg, 3. Febr. Die Hamb. Nachr. enthalten folgendes Telegramm aus Wien: Fürst Gortchakoff hat ein Rundschreiben an die Vertreter Russlands im Ausland erlassen, worin er jede Solidarität mit der Politik des Panславismus entschieden zurückweist.

Lingen, 1. Febr. (M. St. Stg.) Oeffentliche Blätter berichten, daß die sogenannte hannoversche Legion noch immer weiter besteht. Als Bestätigung hierzu dient, daß am 30. auf der Bahnhofstation Salzbergen 18 junge Leute angehalten worden sind, welche bei ihrer Vernehmung erklärten, sie beabsichtigten nach Holland zu gehen, um für die „Legion“ anzuwerben zu lassen. Acht dieser Leute waren reservistisch, wurden also sofort nach Hannover transportirt, die übrigen, als noch nicht militärisch, dagegen entlassen, obwohl sie aus ihrer Einsicht gar kein Hehl machten. Mit Geld waren die Leute reichlich versehen.

Berlin, 2. Febr. Das preussische Landes-Deponomienkollegium soll zu einem noch bedeutenderen erweitert werden, falls die Regierungen der andern norddeutschen Bundesstaaten Mitglieder dahin abordnen. Das Resultat der Reichstagswahl für den Wahlkreis Uckermark-Usedom ist heute verkündet. Gewählt ist Febr. v. Patow mit 2932 gegen v. Endevoort mit 2301 Stimmen. — Von Seiten der japanischen Regierung ist die norddeutsche Bundesflagge in der Art anerkannt, daß sie in den drei geöffneten Häfen ebenso behandelt werden soll, wie die preussische nach dem mit Japan geschlossenen Vertrag. — Die Zollvereins-Regierungen haben sich einverstanden erklärt, den Einfuhrzoll auf den sogenannten lebigen Fleischextrakt von 7 Thlr. für den Zentner, also 21 Sgr. fürs Pfund, auf 15 Sgr. für den Zentner herabzusetzen. — In der Kommission zur Ausarbeitung einer Zivilprozeßordnung ist die Anwaltspraxis auch vertreten, da mehrere der außerpreussischen Mitglieder Jahre lang dem Anwaltsstand in hervorragender Stellung angehört haben. Bei dieser Gelegenheit mag daran erinnert werden, daß die Zusammenziehung der Kommission auf Wahl des Bundesraths beruht.

Berlin, 3. Febr. Zuverlässigen Mittheilungen zufolge ist bei der Kriegsverwaltung von einem angeblich beabsichtig-

ten Festungsbau an der untern Weser oder Ems nichts bekannt.

**Berlin, 3. Febr.** Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 3. Febr.

In der heutigen Sitzung wurde zuerst Verathen über das Gesetz, betreffend die Anstellung im höhern Justizdienst. Das Gesetz ist im Herrenhaus zuerst durchberathen worden; die Justizkommission des Abgeordnetenhauses hat jedoch verschiedene Aenderungen beantragt; statt des § 1 („Wer in dem einen Landestheil u. die Befähigung erlangt hat, das Amt eines Richters bei einem Kollegialgericht, eines Rechtsanwalts u., Notars oder Beamten der Staatsanwaltschaft zu bekleiden, kann auch in den übrigen Landestheilen in gleicher Eigenschaft angestellt werden“) beantragt die Kommission: „Wer in einem Landestheil der Monarchie u. die Befähigung erlangt hat, das Amt eines Richters bei einem Kollegialgericht zu bekleiden, kann auch in den übrigen Landestheilen als Richter, Rechtsanwalt (Advokat), Advokat oder als Beamter der Staatsanwaltschaft angestellt werden. Auf Fälle der Befähigung im Wege der Disziplinarstrafe findet diese Vorschrift keine Anwendung.“ — Im letzten Alinea des § 3 („Ingleichen können während eines Zeitraums von 10 Jahren u. Mitglieder der in den neu erworbenen Landestheilen bestehenden oder bestehenden Appellations- oder Obergerichte, welche 8 Jahre lang etatsmäßige Richter dieser Gerichte gewesen sind u. u. als Mitglieder des Obertribunals angestellt werden“) beantragt die Kommission: „An Stelle obiger Worte zu setzen: welche seit Eintritt in diese Gerichte 8 Jahre lang etatsmäßige Richter gewesen sind.“ — Zu § 5, worin den juristischen Professoren ohne die vorgeschriebenen Prüfungen der Eintritt als Richter der Appellationsgerichte und des Obertribunals gestattet ist, beantragt die Kommission zuzufügen: „oder des Oberappellationsgerichts“.

Dazu sind folgende Amendements gestellt: 1) Vom Abg. v. Guérard: zu § 2 das Wort „Advokat“ zu streichen; 2) vom Abg. Reichensperger: „das Gesetz nicht auszudehnen auf den Bezirk des Appellationsgerichts hiesigen Köln“; 3) vom Abg. Lindt-horst (Weppen): im § 5, betr. die Anstellung der preussischen Professoren als Richter, statt „Professor bei einer inländischen Universität“ zu setzen: „preussischen Universität“. — Referent Abg. Müller (Solingen) bekräftigt die Kommissionsanträge.

Abg. Bering spricht gegen die Annahme des Gesetzesentwurfes und wünscht vor allen Dingen noch in dieser Session die Vorlage einer neuen Examinationsordnung, um die Ungleichheiten auszugleichen, die in dieser Beziehung zu Ungunsten der jungen Juristen in den ausländischen Provinzen bestehen. — Justizminister Dr. Leonhardt hält auch den Erlass einer Examinationsordnung für wichtig; es sei ihm aber unmöglich, dieselbe in dieser Session noch einzubringen, da er doch erst die Verhältnisse aus eigener Anschauung genau kennen lernen müsse. Man möge das Gesetz deshalb nicht verzögern. Die von der Kommission gestellten Amendements nehme er an mit Ausnahme des zu § 1 gemachten Zusatzes: „Auf Fälle der Befähigung im Wege der Disziplinarstrafe findet diese Vorschrift keine Anwendung.“ — Abg. Struckmann wünscht die unveränderte Annahme des Gesetzesentwurfes, der einem Akt der Gerechtigkeit gegen die neuen Provinzen üben, die notwendige Rechtsgleichheit herstellen und die Verschmelzung derselben mit dem Staat Preußen beschleunigen werde. — Abg. Reichensperger empfiehlt sein Amendement, das Gesetz auf den Bezirk des Appellationsgerichts hiesigen Köln nicht auszudehnen. Nach einer Replik des Justizministers spricht Abg. Bähr für den Kommissionsantrag im Interesse der Einheit der Justizverwaltung. Dagegen Abg. Lindt-horst (Weppen) für die Erhaltung der besondern Einrichtungen nach dem Vorgang der rheinischen Institutionen, deren Fortbestand die Rheinlande mit der Monarchie verthät haben, ohne ihre Einheit zu gefährden. Nach dem Schlussreferat des Abg. Müller, der als ehemaliger Unterstaatssekretär im Justizministerium mit besonderer Aufmerksamkeit gehört wurde und sehr nachdrücklich gegen das Disziplinarrecht und Befähigung der Richter sprach, geht das Haus zur Spezialdiskussion des Gesetzesentwurfes über.

**Berlin, 3. Febr.** Im Lauf dieser Woche findet im Abgeordnetenhaus die Schlussberatung über den Staatshaushalts-Etat des Jahres 1868 statt. Allen Anzeichen nach werden bei derselben noch sehr lebhaft Debatten über einige wichtige Entscheidungsfragen erfolgen. Bekanntlich hat die Regierung schon während der Vorberathung des Budgets sich mit mehreren der vom Hause gefassten Beschlüsse nicht einverstanden erklärt. Insbesondere erstrebt sie eine Aenderung der Vota, durch welche die Mittel für mehrere Offizierstellen bei der Gendarmarie verlagert, und die Gehalte der hannoverschen Vandrosteien und Aemter nicht für die bestimmten einzelnen Stellen, sondern bloß als Pauschquantum bewilligt sind. Diese Streitpunkte dürften noch zu längeren Erörterungen führen. — In dem Befinden des Ministers des Innern Grafen zu Eulenburg ist schon seit vorgestern eine Besserung eingetreten. Derselbe macht anbauend Fortschritte, doch darf der Patient das Zimmer noch nicht verlassen. — Die „Königsberg. Neue Ztg.“ meldet: Der Minister des Innern habe in einem vertraulichen Rundschreiben sämtliche Oberpräsidenten aufgefordert, dahin zu wirken, daß die von der Privatwohlthätigkeit zur Linderung des Nothstandes in Ostpreußen zusammengebrachten Gelder womöglich nur den beiden unter dem Protektorat der Königin und des Kronprinzen stehenden Centralvereinen in Berlin zugeführt, oder dem Oberpräsidenten Eichmann eingesendet würden. Wie uns mit größter Bestimmtheit versichert wird, ist diese ganze Mittheilung erdichtet. Außer dem neulich veröffentlichten Rundschreiben existirt überhaupt kein auf den Nothstand bezüglicher ministerielles Ausschreiben. Auch sonst ist keinerlei Weisung der angegebenen Art erfolgt. — Das gestern verbreitete Gerücht: die in Wiesbaden geführten Verhandlungen über die Spießbalken-Frage seien abgebrochen, erweist sich als grundlos. Wie hier verlautet, ist mit den Bantgesellschaften von Wiesbaden und Ems die von der Regierung vorgeschlagene Einigung bereits zu Stande gekommen. Mit der Bantgesellschaft von Homburg werden die Verhandlungen noch fortgesetzt. Es steht zu erwarten, daß auch sie das ihr vorgelegte Ultimatum annehmen werde. — Als Bevollmächtigter Belgien zu den schon erwähnten Postverhandlungen kommt dieser Tage der Generaldirektor Fassiaux nach Berlin. Seine Begleiter sind die Departementsdirektoren Bronne und Montgenast. — Die Verhand-

lungen zwischen der hiesigen und der norwegischen Postverwaltung über den Abschluß eines neuen Postvertrages sind noch im Gange. Dem Vernehmen nach handelt es sich dabei besonders auch um die Frage: den Postverkehr zwischen dem Norddeutschen Bunde und Norwegen unabhängig von Dänemark zu machen. Beide Theile hegen in dieser Beziehung den Wunsch, zur direkten Postbeförderung eine regelmäßige Dampfschiffverbindung zwischen Kiel und Christiania herzustellen.

### Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 2. Febr.** (Frl. Ztg.) Hr. Ghiczy hat sich also mit der Beantwortung, die seine Interpellation gefunden hat, befriedigt erklärt. Der Sturm ist vorüber, und von den Besorgnissen, die an diese Interpellation geknüpft wurden, ist keine Erfüllung gegangen. Aber so glatt, wie die Dinge sich dem äußern Anschein präsentiren, hat sich diese Episode dem doch nicht abgespielt. Hinter den Coulissen haben mancherlei Verhandlungen stattgefunden, bei denen Graf Andrassy seine diplomatischen Talente mit Geschick verworther hat. Ein Telegramm aus Agram meldet heute, der Kaiser wird die kroatische Adrehsdeputation nicht in Wien, sondern in Ofen empfangen. Von diesem Arrangement konnte Graf Andrassy schon vorgestern Hr. Ghiczy in Kenntniß setzen, und der Führer der Linken ist denn doch zu sehr Mahagar, um nicht für die Anerkennung, die der Kaiser damit dem Prinzip entgegen bringt, daß für Kroatien Wien die „Reichshauptstadt“ ist, sich auch einigermaßen gefällig zu erweisen. Die Ungarn legen sehr großen Werth darauf, daß der Ausgleich mit Kroatien endlich in der von ihnen gewünschten Weise zu Stande komme, und sie hoffen mit gutem Grunde, daß die Kroaten sich um so eher gefügig erweisen werden, wenn der Kaiser selbst in jeder Weise zu erlegen gibt, daß er in dieser Beziehung sich die ungarischen Anschauungen und Forderungen völlig zu eigen gemacht habe. Darum also wird der Kaiser die kroatische Adrehsdeputation in Ofen empfangen, und darum ist Hr. Ghiczy, der Führer der „Tigerpartei“, plötzlich so zahm geworden, daß fast die ganze hiesige Presse, die im Augenblick über Das, was hinter den Coulissen vorgegangen ist, noch der Information entbehrt, verwundert fragt: „Wozu der Lärm?“ Graf Andrassy aber freut sich des doppelten Triumphes, daß der Kaiser darin willigt, den Kroaten das ungarische Staatsrecht ad oculos zu demonstrieren, und daß Hr. Ghiczy sich aus seiner Interpellation mit einem Vertrauensvotum für das Ministerium — denn das ist im Grunde die jüngste Ghiczy'sche Erklärung — herausziehen muß.

**Wrag, 3. Febr.** (N. Fr. Pr.) Hervorragende Firmen des hiesigen Plazes vereinigen sich behufs Errichtung einer Börse. Die Schritte bei den Behörden sind bereits eingeleitet.

### Rumänien.

**Bukarest, 2. Febr.** Vorm. Der Generalkonsul d'Avril ist heute von Paris hier angekommen. Es heißt, daß er zum künftigen hiesigen Geschäftsträger Frankreichs designirt sei.

**Bukarest, 2. Febr.** Das Blatt „Terra“ meldet: Cantacuzeno und der Priester Melchisedek sind in außerordentlicher Mission nach Petersburg geschickt worden. Der Senat hat den Adrehsentwurf angenommen.

### Italien.

**Florenz, 1. Febr.** Bekanntlich trat nach der Veröffentlichung des ersten Anhangs zum italienischen Grünbuch Hr. Rattazzi in der Abgeordnetenkammer mit der Beschwerde auf, daß die Art und Weise der Zusammenstellung der darin veröffentlichten Aktenstücke in der Absicht, ihm im öffentlichen Ansehen zu schaden, vorgenommen worden sei, und daß mehrere wichtige Aktenstücke, die noch beizubringen seien, ihn und seine Verwaltung in ein anderes Licht stellen würden. Es ist nun ein zweiter Anhang zu diesem Grünbuch veröffentlicht worden, dem wir Folgendes entnehmen:

Florenz, 17. Sept. 1867.

An den Präsidenten von Perugia.

Man läßt mich annehmen, daß der Syndikus von Orvieto ein Agent der Partei sei, die dazu drängt, über die Grenze zu gehen. Wenn es Ihnen erwiesen wäre, daß Dem so ist, so sorgte Sie für die sofortige Suspension dieses Syndikus. Eine derartige Maßregel könnte übrigens dazu dienen, zu erkennen, wie der Geist der Bevölkerung ist, und würde so der Regierung dazu dienen, ohne Ärgern die Maßregeln zu ergreifen, welche am energischsten und am geeignetsten wären, bedenklicheren Uebelständen vorzubeugen. Garibaldi ist hier; man glaubt, er werde nicht lange zögern, sich nach Ihrer Gegenseite zu begeben. Ich habe nicht nöthig, Ihnen die Instruktionen nochmals zu befehlen, die bereits gegeben sind, mit der größten Energie und ohne irgend welche Schonung vorzugehen und dabei stets im Auge zu haben, daß man vor Allem verhüten muß, irgend Schritte gesehen zu lassen, welche die Verpflichtungen, welche die Regierung übernommen hat und die sie endlich auszuführen gedenkt, zu compromittiren im Stand wären. Ihre Anhänglichkeit. Rattazzi.

Siena, 22. Sept.

Ich habe die strengsten Befehle erteilt, daß man fortfahre, alle Diejenigen zu verhaften, die verdächtig sein könnten, sich nach der päpstlichen Grenze begeben zu wollen, sogar wenn sie mit regelmäßigen Papieren versehen wären, und ich werde nicht verschlen, dem Ministerium davon beständig Kenntniß zu geben. Es fehlt hier an Truppen, und die wenigen Carabinieri, die hier sind, befinden sich unabhängig im Patrouillenendienst auf dem Lande. Ich bitte insändig um Truppen für alle Eventualitäten, die von einem zum andern Augenblick eintreten können. Papa, Präfect von Siena.

Bisioja, 25. Sept.

Es sind Befehle gegeben, daß man die Garibaldianer, die nach Florenz gehen, verhafte und zurückdringe. Ich mache indessen darauf aufmerksam, daß ich hier über keine andere Macht als 12 Carabinieri und 5 Beamten der öffentlichen Sicherheit verfüge. Es sind viele Garibaldianer im Lande; es wäre zeitgemäß, Truppenverpflichtungen zu schicken. Giusti, Unterpräfect.

Siena, 26. Sept.

Raum war mir das Telegramm zugegangen bezüglich der Garibaldianerführer Ducci und Bidechini, als ich Nachforschungen anstellen

ließ. Das Resultat war negativ. Ich habe bei den Behörden von Grosseto nachgefragt; ich ziehe noch Erkundigungen an der Straße von Siena nach Arcibasso ein. — Papa.

Siena, 1. Okt.

Die 42 Arbeiter, welche gestern unter dem Vorwand, an der Tiber-Eisenbahn Arbeit zu suchen, abgereist sind, wurden diesen Morgen meiner Verfügung gemäß in Orvieto festgehalten und gehen mit dem ersten Zug zurück.

Scanjano, 2. Okt.

Die jungen Leute, die ich Ihnen gestern Abend bezeichneter, ziehen heute wieder mit Zwangspah nach ihrer Heimath zurück. Der Ritter Raphael Cantucci, der sie führt, und seine Gefährten haben das Ehrenwort gegeben, daß sie nach Hause zurückkehren wollen.

Florenz, 7. Okt. 1867.

Der Kriegsminister an den Minister des Innern. Der außerordentliche und äußerst ermüdende Dienst, den die an der Grenze aufgestellten Truppen zu leisten haben, macht es ungemein schwierig, an allen Punkten die Ueberwachung der Grenze Seitens der Freischützer zu verhindern. Dagegen die Truppen in der That ihren Dienst in lobenswerthester Weise thun, obgleich sie in bedeutender Menge auf allen Grenzpassirten vertheilt und in zahlreiche Abtheilungen getheilt sind, wie es aus der beiliegenden Karte ersichtlich ist, ist doch wegen der natürlichen Unebenheiten des Bodens, der an gewissen Orten in einer Strecke von wenigstens 10 Kilometern den Militärposten unterbrochen, da dies Gebiet von bedeutenden Höhen gebildet ist, die mit dichtem Gestrüpp bewachsen sind, der Uebergang von Personen an diesen Orten durchaus nicht zu überwachen; denn man kann dort durchaus keine festen Posten aufstellen, noch in irgend welcher Weise, sei es durch Patrouillen, sei es durch einen Militärposten, die Wachsamkeit an diesen in jeder Beziehung ungeschicklichen Punkten ausüben. Man muß noch hinzufügen, daß die Bevölkerung die Bewegung der Freischützer begünstigt und ihnen alle Mittel in die Hände gibt, die Grenze an benannten Punkten zu passieren, auf welche die Truppen ihre Wachsamkeit nicht ausüben können; sie geben ihnen sogar die Bewehrung, die des Dienstes der Nationalgarde in den Händen der Bewohner sind. Und um die Aufregung und den Zulauf von Freiwilligen zu mindern, genügt weder die von den Truppen bei der Festnahme mehrerer bedeutenden Banden entwickelte Energie, noch die Sorgfalt, mit der man die Waffen und Munition überwacht hat, die man in bedeutender Menge den Bestrebungen, sie ins päpstliche Gebiet zu bringen, entzogen hat.

**Florenz, 3. Febr.** Es wird berichtet, von Rom aus sei an die italienischen Bischöfe der Befehl ergangen, Tebeums für Mentana zu feiern; die Regierung habe jedoch die Feier unterjagt. — Marquis v. Billamarina soll bemächtigt eine diplomatische Mission erhalten. — Die „Ital. Corresp.“ meldet: Bei Gelegenheit der in Padua vorgefallenen Unordnungen, welche durch die geistliche Verordnung, ein Tebeum für Mentana zu feiern, veranlaßt waren, hat das Ministerium Maßregeln ergriffen, um die Erneuerung derartiger Unruhestörungen in anderen Theilen des Königreichs zu verhindern.

### Frankreich.

**Paris, 3. Febr.** Sitzung des Gesetzgebenden Körpers vom 3. Febr.

In der heute eröffneten Spezialdiskussion über das Pressegesetz ergriß zuerst Ollivier das Wort, um sein Amendement (Gleichstellung der Pressevergehen mit den übrigen Vergehen) zu begründen. Er erklärte, daß man sich jetzt in allen Diskussionen über die Presseangelegenheiten den Irrthum bezugnehmend, die Pressevergehen als eine besondere Art von Vergehen anzusehen und zu behandeln. Es könne darum eben so wenig ein besonderes Gericht und Gerichtsverfahren, als ein besonderes Präventivsystem für die Presse bestehen. Kaution, Stempel, vorgängige Erlaubniß u. c., alles Dies müsse wegfallen. Einer Handlung könne man eine Handlung entgegenstellen einer Ansicht soll man darum auch nur eine Ansicht entgegenstellen können. Alle Presseprozeße seien darum eher schädlich als nützlich. (Positivschluß.)

**Paris, 3. Febr.** Die Regierung hat einen schon zum Voraus zu einer bedeutungsvollen Thatsache gestempelten Wahlsieg davongetragen. In Lille wurde an der Stelle des kürzlich verstorbenen Deputirten des Jotours dessen Sohn, als Regierungsandidat in den Gesetzgeb. Körper gewählt. Derselbe erhielt 21,291 Stimmen, während der Oppositionsandidat, Hr. Gery-Vergand, deren nur 8363 erhielt. Wie der „Aven. nation.“ mittheilt, hat der Oppositionsandidat in der Stadt Lille selbst die Majorität erhalten; allein die Landbezirke gaben Hr. Eug. des Rotours, der gleichzeitig von der Regierung, dem Klerus und den Protectionisten unterstützt wurde, die bedeutende Majorität.

Das „Journ. de Paris“ gibt unter allem Vorbehalt das Gerücht, daß heute Morgen unter Vorhitz des Kaisers im Tuilerienpallast eine Versammlung des Ministerraths und der Mitglieder des Geheimen Rathes stattgefunden hatte, in welcher zur Verhathung gebracht worden wäre, ob Angesichts des Widerwillens der Majorität der Pressegesetz-Entwurf zurückzuziehen wäre oder nicht. — Dasselbe Blatt konstatirt, daß in letzterer Zeit in politischen Kreisen viel davon die Rede ist, daß Hr. v. La Bassette wieder in die Regierungsgeschäfte eintreten würde.

Das „Pays“ schreibt: „Der Kaiser hat gestern Nachmittags 1 Uhr in den Tuilerien die Abgeordneten der Departementalpresse empfangen, die beauftragt sind, deren Interessen zu vertheidigen. Die Audienz hat eine Stunde gedauert, und die gebachten Herren zogen sich, von den Gefinnungen und Anschauungen Sr. Maj. tief gerührt, zurück. Es wäre nicht geziemend, die Einzelheiten dieser Audienz, noch die dabei gesprochenen Worte wiederzugeben; wir müssen jedoch sagen, daß die Abgeordneten der Departementalpresse den Kaiser ehrfurchtsvoll gebeten haben, das Gesetz zurückzuziehen, wie es bereits in der Kammerzession des Tages vorher Granier de Cassagnac mit offenerer Zustimmung und unter dem Beifall eines beträchtlichen Theiles der Majorität verlangt hatte. Man versichert, der Kaiser habe anerkannt, daß die seit einem Jahr vollzogenen Thatsachen, sowie die Haltung und die Sprache der Presse gegenüber der Regierung und der Dynastie einen großen Theil der Hoffnungen, die er Anfangs auf das neue Gesetz gegründet, zerstört habe. Es sei jetzt an den mit dessen Prüfung beauftragten Staats-

gewalten, ihre Pflicht zu thun, je nach den Rathschlägen ihres Patriotismus und den Eingebungen ihres Gewissens.  
Dem „Journ. de Paris“ zufolge ist in diplomatischen Kreisen wieder von dem Konferenzprojekt die Rede. Die französische Regierung werde, heißt es, bei den auswärtigen Mächten zu diesem Zweck einen neuen Schritt thun. — Rente 68.57 1/2, Cred. mob. 176.25, ital. Anl. 43.70.

### Spanien.

**Madrid, 31. Jan.** Das Budget ist den Cortes vorgelegt worden. Die Einnahmen werden auf 2580 Mill. Reales, die Ausgaben auf 2670 Mill. veranschlagt; das Defizit ist 48 Mill. Die Regierung verlangt einen Kredit von 140 Mill. Reales für die Kosten der Expedition im Stillen Ozean. Der Minister verlangt die Ermächtigung, die Staatswälder zu verkaufen. Es wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, welcher dahin geht, die Bank von Spanien zu autorisieren, 60 Mill. Renten in öffentlichen Fonds anzulegen.

### Schweden und Norwegen.

**Stockholm, 2. Febr.** Der preussische Gesandte, Hr. v. Richtig, überreichte dem König seine Kreditive als zugleich Gesandter des Norddeutschen Bundes.

**Stockholm, 28. Jan.** In der Zweiten Kammer des Reichstags hat der Abgeordnete Hörd einen Vorschlag wegen Veränderung der schwedischen Geldsorten, hinsichtlich des Gewichts und Gehalts derselben, eingebracht.

### Großbritannien.

**London, 2. Febr., Abends.** Die Königin wird, wie früher, die Drawing-rooms wieder aufnehmen. — Graf Derby hütet zwar noch das Zimmer, sein Zustand ist jedoch besser. — In Süd-Wales stürzte ein Eisenbahnzug in Folge der Brückenbeschädigung in einen Fluß, wobei zwei Menschen das Leben verloren. Das Schiff „Sir George Seymour“, von Birkenhead nach Bombay unterwegs, verbrannte auf offener See; die Mannschaft wurde gerettet.

**London, 3. Febr.** Die Stürme der letzten Tage haben vielfachen Schaden angerichtet; es kamen in der Stadt wenigstens 4, auf der Themse 16 Menschen um. Ueberall aus den Provinzen treffen Unglücksberichte ein; besonders sind viele Flüsse übergetreten. An der Küste von Yorkshire sind mehrere Segelschiffe untergegangen. In Südwales lief ein Eisenbahnzug durch den Bruch einer Brücke in einen Fluß, und es kamen zwei Menschen um. Das Schiff „Sir George Seymour“, auf der Fahrt von Liverpool nach Bombay, verbrannte auf offener See; die Mannschaft rettete sich nach Plymouth. — In Liverpool haben die Droschkentischer einen Strike begonnen.

Die japanischen Häfen Hiogo und Osaka sind dem Fremdenverkehr thatächlich geöffnet.

**London, 3. Febr.** Nachrichten aus Gibraltar melden, daß die Hungersnoth in der Gegend von Tanger und Tetuan täglich im Zunehmen sei. Die hungernden Landbewohner verschlingen Marktabfälle und Gemüseüberreste, um ihren Hunger zu stillen. Die Noth ist so groß, daß alle von den wohlhabenderen Klassen der Bevölkerung ausgehende Hilfe sich als ungenügend erweist.

### Amerika.

**Neu-York, 2. Febr.** Der Senatsauschuß zur Regulierung der Ausgabe von Papiergeld hat dem Senat empfohlen, die im Repräsentantenhaus angenommene Bill, welche den Finanzminister Mac Culloch zur Beschränkung der Ausgabe von Papiergeld ermächtigte, trotz der ersten Verwerfung im Senat nochmals in Erwägung zu ziehen und ihre Gültigkeit noch zu suspendiren. Ferner wurde eine Resolution im Senat eingebracht, des Inhalts, den Präsidenten zu ersuchen, die Freigebung der im Ausland verhafteten Amerikaner, deren Vergehen eigentlich auf amerikanischem Boden verübt worden sei, zu fordern. — Der Hafen Nisal in Yucatan ist noch immer von den Kanonenbooten des Juarez eng blockirt und dauert die Insurrektion fort.

**Washington, 1. Febr.** Der Kongreß votirte ein neues Gesetz, welches die sofortige Aufhebung der Steuer auf inländische Baumwolle anordnet und den Einfuhrzoll auf fremde Baumwolle ebenfalls beseitigt. Letzteres tritt vom 1. Novbr. 1868 an in Kraft.

### Baden.

**Mannheim, 3. Febr.** Das zweite Carrousel der hiesigen Dragoneroffiziere und ausgewählter Mannschaften zum Besten der Nothleidenden in Dyrreufen hat, wie wir vernahmen, über 200 Thlr. eingebracht. — Das auf gestern fällige Stiftungsfest des literarisch-geselligen Vereins mußte auf nächsten Dienstag verschoben werden. Es sind gegenwärtig der Festlichkeiten, Abendunterhaltungen und Tänze so viele, daß die Literatur kaum ihr stilles Plätzchen findet. Prof. Treitschke's Vortrag wird erst nächsten Samstag stattfinden. Bei dieser Gelegenheit bemerke ich, daß irrtümlich der Name seines Vorgängers als Strauß statt Dr. Strauß bezeichnet wurde. — Im Theater werden wir nächsten Mittwoch Shakespeares „Sturm“ in der Dingseld'schen Bearbeitung erhalten. Es ist dieses das erste neue Stück von bedeutender Tragweite und eine wünschenswerthe Bereicherung unseres Repertoire's, mit welcher sich der neue Oberregisseur Dr. Werther bei dem hiesigen Theaterpublikum einführt.

### Bermischte Nachrichten.

— Freiburg, 3. Febr. (Freib. Bl.) Letzten Samstag brachten hiesige Studierende Hr. Professor Hegar wegen Nichtannahme eines Rufes nach Gießen ein Fackelschändchen, dem ein großer Kommerz folgte.

— Ludwigshafen, 3. Febr. (R. B. Lds.) Die heute dahier tagende Generalversammlung der Pfälzer Nordbahnen hat einstimmig die Annahme der Koncession für die Herstellung der Eisenbahn und die demgemäße Erhöhung des bisherigen Gesellschaftskapitals um 7,000,000 Gulden beschlossen.

— Stuttgart, Anf. Febr. Die deutsche Partei hat einen Aufruf zu den Zollparlaments-Wahlen veröffentlicht, welcher

unter anderen Namen auch die Unterschrift folgender Mitglieder der Ständeversammlung trägt: Hermann, Fürst zu Hohenlohe-Kangenberg; Wilhelm, Fürst zu Ewensbüchel-Freudenberg; Feyer, Abgeordneter für Maulbronn; Fink für Keutlingen; Goltzer für Waldsee; Häder für Besigheim; Kerner für Ludwigsburg; Landenberger für Balingen; Neuer für Rottenburg; Römer für Geislingen; Schall für Ulm; Wächter für Herrenberg; Wälther für Freudenstadt. Der Eingang des Aufrufs lautet folgendermaßen:

„Mitbürger! Die Wahlen für das deutsche Zollparlament stehen bevor. Schon lange ist es des deutschen Volkes sehnlichster Wunsch gewesen, daß es durch freigeählte Vertreter über seine wichtigsten gemeinsamen Angelegenheiten berathe und beschlicke. An der Seite der Abgeordneten aus ganz Deutschland, vom Norden und vom Süden, sollen in gleichem Verhältniß der Zahl, mit den gleichen Rechten ausgestattet, auch Vertreter des württembergischen Volks erscheinen. Ohne Vorrecht der Geburt und des Vermögens ist jeder volljährige Bürger zur Wahlurne berufen. Damit eröffnet sich eine neue vielversprechende Bahn der nationalen Entwicklung. Von ihr sich ablenken, hieße dem Lauf der Geschichte eigenwillig sich entgegenstellen, hieße verzichten auf selbständige Mitwirkung an den gemeinsamen Angelegenheiten. Eine Partei, die dem an alle Deutschen ergehenden Rufe sich entzieht, trennt sich von dem Leben der Nation. Ein begrenztes Gebiet, die Angelegenheiten des Zollvereins, sind dem zusammentretenden Parlament angewiesen. Aber an den Zollverein knüpfen sich unsere wichtigsten Interessen; er hat sich als das mächtigste Band unserer Nationalität erwiesen. Vorgänge, die in Aller Gedächtniß sind, haben gezeigt, daß der Süden so wenig als der Norden den Zollverein entbehren kann; sie haben gleichzeitig die Mängel der früheren Zollvereins-Versammlung an das Licht gestellt.“

Sodann charakterisirt der Aufruf den Vorzug der neuen Verfassung des Zollvereins vor der früheren und stellt einige volkswirtschaftliche Aufgaben hin, mit denen sich die Gesetzgebung des Zollvereins sofort zu beschäftigen habe, u. a. Herstellung der Unkündbarkeit des Zollvereins für seinen ganzen Umfang. Der Aufruf fährt dann folgendermaßen fort:

„Es zeigt sich dem an den nächsten Aufgaben des Bundesstaats und des Parlaments, daß deren Befugnisse nicht auf den bis jetzt bestimmten Kreis von Gegenständen beschränkt bleiben können. Aber die Bevölkerung der süddeutschen Staaten hat ein Recht, noch mehr von der gemeinsamen Gesetzgebung zu verlangen. Ein deutsches Bürgerrecht, das Recht der Freizügigkeit und freien Niederlassung, Gemeinamkeit in allen Einrichtungen des Verkehrs, sind Forderungen, die eben so sehr im Recht der deutschen Nationalität, als in der heutigen Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens begründet sind. In der Verfassung des Norddeutschen Bundes sind der Bundesgesetzgebung u. a. unterstellt: Freizügigkeit, Heimath- und Niederlassungsverhältnisse, Bestimmungen über Obligationenrecht, Strafrecht, Handels- und Wechselrecht und das gerichtliche Verfahren, Ordnung des Bankwesens, gemeinsames Maß-, Münz- und Gewichtsmaß, Erfindungspatente, Schifffahrt, Konsumsteuer, Eisenbahn-Verbindungen, Posten und Telegraphen. Schon zeigt sich innerhalb des Norddeutschen Bundes der Segen dieser gemeinsamen Einrichtungen. An den süddeutschen Abgeordneten wird es sein, dahin zu wirken, daß die Segnungen dieser Gemeinamkeit auch auf die nicht in den Bund aufgenommenen Staaten ausgedehnt wird. Sie vor Allen haben ein Interesse, daß das gemeinsame Parlament eine immer einflussreichere Körperschaft werde. Sie haben die Erweiterung der Zuständigkeit der Bundesorgane als ein nationales Recht zu beanspruchen, für welches die Möglichkeit von Einzelverträgen zwischen dem Bund und den Südstaaten keineswegs einen Ersatz bietet. Dieser von den Organen der Regierung empfohlene Weg würde nur scheinbar die Selbständigkeit des Bundes wahren; thatächlich würde er nichts Anderes bedeuten, als daß die 8 Millionen der Südstaaten annehmen, was die 30 Millionen des Nordbundes beschließen haben, beizulassen haben auch über uns, ohne daß wir mitberathen hätten. Sie würde auf's neue die Bevölkerung der Südstaaten rechtlos machen, wie in der alten Zollvereins-Verfassung das ganze deutsche Volk rechtlos war.“

Mitbürger! Das Parlament, zu dem Ihr wählen sollt, hat den Namen „Zollparlament“; aber seine Bedeutung ist größer, als der bescheidene Name sagt. Indem zum ersten Mal auf Grund einer Verfassung Abgeordnete des deutschen Volkes aus Nord und Süd, gewählt nach allgemeinem und directem Wahlrecht, zusammentreten, erfüllt uns die Hoffnung, daß die Einigung des wirtschaftlichen Marktes auch ein Hebel zur politischen Einigung unseres Vaterlandes sein werde. Gemeinamte Regierung und gemeinsames Parlament soll nicht beschränkt bleiben auf die Beratung der Zölle und Steuern, des Handels und Verkehrs. Wir begreifen das Zollparlament als den Schritt zu einer weitern politischen Annäherung der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund. Erst wenn die bundesstaatliche Verfassung alle deutschen Staaten umfaßt, können auch die Früchte der wirtschaftlichen Einigung zur Reife kommen.“

Von diesen Anschauungen geleitet, legen wir Euch ans Herz, bei den Wahlen zum Zollparlament nur solchen Männern die Stimme zu geben, welche 1) in Sachen des Handels und Verkehrs die Grundzüge der Freiheit und des Fortschrittes zu fördern entschlossen sind, 2) welche in deutscher Gesinnung bewährt sind und den Willen haben, das Recht des deutschen Volkes auf eine Gesamtvorfassung seiner Verwirklichung entgegenzuführen.

Mitbürger! Die Ereignisse des Jahres 1866 haben den Weg zur ersuchten Einigung des Vaterlandes gebahnt. 30 Millionen Deutsche sind unter der Verfassung des Norddeutschen Bundes geeinigt; noch fehlen die vier süddeutschen Staaten. Daß der Norddeutsche Bund zum Deutschen Bund, daß das Zollparlament zum deutschen Parlament werde, ist ein Verlangen, dessen Erfüllung wesentlich von uns Süddeutschen selbst abhängt. Mit gespanntem Interesse sehen die norddeutschen Brüder, nicht das Ausland auf den Ausfall unserer Wahlen. Zeigen wir, daß wir nicht widerwillig in den künftigen deutschen Bundesstaat uns schieben und schleppen lassen, sondern daß wir thätig mit Hand anlegen wollen zu seinem Aufbau. Suchen wir nicht den traurigen Ruhm, immer die Letzten zu sein, oder verdrossen zur Seite zu stehen. Ein neuer Boden ist gelegt; laßt uns festhalten auf diesem Boden, ohne zu schwanken. Laßt uns zusammenhalten in Arbeit und Hoffnung mit unsern deutschen Brüdern. Wählet! Und wählet deutsch!“

— Langenburg, 1. Febr. (Sch. M.) In einem Nachbarorte wurde vor etwa 9 Wochen ein angesehener Bürger von seinem Hund in den Fingern am Nagel gebissen. Nicht lang darnach verendete der Hund; der Finger aber war bald anscheinend geheilt und der ganze Wundfall nahezu vergessen. In dieser Woche aber brach bei dem Gebissenen die Wuthkrankheit aus, an welcher er nach 2 Tagen starb.

— München, 3. Febr. Der Dr. Erzbischof von München hat vergangenen Freitag dem König in besonderer Audienz die mit

72,000 Unterschriften (darunter manche hohe Familienhäupter des Landes) bedeckte Adresse überreicht, worin der König gebeten wird, in allen Regierungshandlungen und bei jeder gegebenen Veranlassung, namentlich auf einem etwa stattfindenden europäischen Kongreß, darauf hinzuwirken zu wollen, daß der hl. Vater in seinem durch den ältesten Befehlstand und die Interessen der Kirche geheiligten Rechte auf den Kirchenstaat beschützt werde. Se. Maj. nahm die Adresse huldvoll entgegen, und gab die Versicherung, daß Bayern, soweit es in seiner Macht liege, Alles aufbieten werde, um das Patrimonium des hl. Stuhls zu erhalten.

— Kassel, 1. Febr. (Hess. M.-Z.) Gestern Abend brach in der alten Stadt Trendelburg (an der Diemel) Feuer aus. Es sind einige 40 Häuser abgebrannt. Das Unglück hat den ärmeren Theil der Bevölkerung am härtesten betroffen, dessen Hab und Gut wenig oder gar nicht versichert ist. Kirche, Schulhaus, Pfarrhaus und Kaserne sind verschont geblieben. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

— Köln, 1. Febr. Das „Köln. Tagbl.“ berichtet: Gestern Abend zerstörte eine furchtbare Feuerbrunst die Wollspinnerei des Hrn. Glaffen-Kappellmann zu Sieldorf bei Frechen.

— Berlin, 2. Febr. Nach der amtlichen Schiffsliste sind folgende preussische Schiffe der Bundesmarine überwiesen worden: 1) Schraubenschiffe a) drei Panzerfregatten König Wilhelm (1867 erworben), Kronprinz (1867), Friedrich Karl (1867); b) zwei Panzerfahrzeuge: Arminius (1865), Prinz Albrecht (1867); c) fünf gedeckte Korvetten: Arcona (1858), Gazelle (1859), Hertha (1864), Vineta (1863), Elisabeth (1867); d) vier Glattdeck-Korvetten: Nympe (1863), Medusa (1864), Victoria (1864), Augusta (1864); e) 22 Schrauben-Kanonenschnepfen, deren Mehrzahl 1860 erworben wurde. 2) Segelschiffe a) drei Fregatten: Geseon (1852, alt), Thetis (1855, alt), Riobe (1862, alt); b) drei Briggs: Rover (1862, alt), Musquito (1862, alt), Hela (1853). 3) Drei Dampfavisos: Preussischer Adler (Räder, 1862, alt), Boreley (Räder, 1859), Grille (Königliches Yacht-Schraubenschiff, 1857). Dann ein Transport- und ein Kasernen-Schiff (bez. Rhein, 1867, und Barbarossa, 1852, alt). Das 1860 erworbene Schrauben-Dampfkanonenboot zweiter Klasse „Krofbil“ ist aus der Schiffsliste gestrichen worden. Die vorerwähnten 50 Schiffe haben zusammen 483 Kanonen.

w. Mannheim, 3. Febr. (Kursbericht der Mannheimer Börse.) Weizen, eff. hies. Gegend, 200 Zollpfd. 17 fl. 30 G. — fl. — P., ungarischer 17 fl. 45 G., 18 fl. 15 P., auf Lieferung pr. März — fl. — G., 18 fl. — P. — Roggen, eff. 14 fl. 40 G., 15 fl. — P., auf Lieferung pr. März — fl. — G., — fl. — P. — Gerste, eff. hies. Gegend 11 fl. 30 G., 11 fl. 36 P., fränkische — fl. — G., — fl. — P., württembergische 11 fl. 40 G., 11 fl. 45 P., ungarische 11 fl. 45 G., 12 fl. — P. — Hafer, eff. 100 Zollpfd. 5 fl. — G., 5 fl. 10 P. — Kernen, eff. 200 Zollpfd. 17 fl. 15 G., 17 fl. 30 P. — Delfamen, deutscher Kohlschrot — fl. — G., 18 fl. 30 P., ungarischer — fl. — G., 17 fl. 20 P. — Bohnen — fl. — G., 14 fl. — P. — Linen — fl. — G., — fl. — P. — Erbsen — fl. — G., 12 fl. — P. — Wicken — fl. — G., 10 fl. — P. — Kleesamen, deutscher 1. 25 fl. — G., 26 fl. — P. — Del. (mit Fas) 100 Zollpfd. Reindl, eff. Inland, in Partien 22 fl. 30 G., 22 fl. 45 P., sahweise 22 fl. 45 G., 23 fl. — P. — Rübsl, eff. Inland sahweise — fl. — G., 21 fl. 45 P., in Partien — fl. — G., 21 fl. 30 P. — Mehl 100 Zollpfd.: Weizenmehl, Nr. 0 — fl. — G., 15 fl. 15 P., Nr. 1 — fl. — G., 14 fl. 15 P., Nr. 2 — fl. — G., 13 fl. 15 P., Nr. 3 — fl. — G., 11 fl. 15 P., Nr. 4 — fl. — G., 9 fl. 15 P. — Roggenmehl, französisches, Vorfuß, — fl. — G., — fl. — P. — Branntwein, eff. (50% n. L.) transit (150 Litres) — fl. — G., 26 fl. — P. — Spirit, 90%, transit — fl. — G., — fl. — P. — Petroleum, in Partien verzollt, nach Qualität — fl. — G., 12 fl. — P. — Mohndl, per 100 Zollpfd. — fl. — G., — fl. — P. — Weizen und Roggen fest; Gerste und Hafer besser bezahlt; Reindl, Rübsl und Petroleum matter; Mehl behauptet.

### Nachschrift.

**Karlsruhe, 4. Febr.** Wir vernehmen so eben, daß das feierliche Leichenbegängniß Sr. Excellenz des verewigten Herrn Staatsministers Rath y morgen (Mittwoch) Nachmittags 3 1/2 Uhr stattfinden wird.

Frankfurt, 4. Febr., 2 Uhr 22 Min. Nachmittags. Deherr. Kreditaktien 187 1/2, Staatsbahn-Aktien 246, National 54 1/2, Steuerfreie 49 1/2, 1860r Loose 71 1/2, Deherr. Baluta 99 1/2, 4 Proz. bad. Loose 99 1/2, Amerikaner 76 1/2, Gold fehlt.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

3. Febr.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 8,87	7,5	S.W.	ganz bew.	trüb, wind., Regn.
Mittags 2 "	" 8,93	8,0	"	"	"
Nachts 9 "	" 9,02	6,5	"	"	regnerisch.

Berantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Krenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 6. Febr. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement 1. Gastdarstellung der Frau Niemann-Seebach: **Maria Stuart**; Trauerspiel in 5 Akten, von Schiller. **Maria** — Frau Niemann-Seebach. Anfang 6 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Freitag 7. Febr. 1. Quartal. 21. Abonnementsvorstellung. Neu einstudirt: **Fra Diavolo**; komische Oper in 3 Akten, von Auber. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Samstag 8. Febr. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement 2. Gastdarstellung der Frau Niemann-Seebach: **Die bezähnte Widerventige**; Lustspiel in 4 Akten, nach Shakespeare von Deinhardtstein. **Katharina** — Frau Niemann-Seebach. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

3.h.457. Karlsruhe. Ent-fernten Verwandten und Freun-den theile ich die Trauernachricht mit, daß mein lieber Mann, Staatsminister Karl Mathy, heute Nacht 12 1/4 Uhr den Folgen einer Brustfellentzündung erlegen ist. Karlsruhe, den 4. Februar 1868. Anna Mathy, geb. Stromeyer.

3.h.456. Karlsruhe. Verwandten und Freunden geben wir die schmerzliche Nachricht von dem Tode unserer theuern Schwester und Tante, der Frau Theo-dora Dilger, Wittve des Medizinalraths Dilger in Ueberlingen. Sie starb nach kurzer Krankheit dahier am 2. Februar. Karlsruhe, den 4. Februar 1868. Die Hinterbliebenen.

3.h.458. Friesenheim. Ent-fernten Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die traurige Nach-richt, daß unser geliebter Vater, Großvater und Schwiegervater Lorenz Neff am Montag in Folge einer Lungenentzündung dem Tode erlegen ist. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen, Friesenheim, den 4. Februar 1868, L. Neff, Professor.

3.h.454. Karlsruhe. Diensterledigung. Bei der Verwaltung Kaufhofs ist die Stelle des Vorstandes mit einem Gehalt von 1000 fl. nebst freier Wohnung und Gartengenuss erledigt und alsobald, jedoch vorerst nur provisorisch, zu besetzen. Die Bewerber um dieselbe wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse binnen 14 Tagen bei unterfertigter Stelle melden. Karlsruhe, den 3. Februar 1868. Großh. Markt. Adv. Domänenkanzlei. Krieger, Dinger.

3.h.132. Nr. 20. Konstanz. Stelle-Antrag. Zur Leitung der Anstalt für Rettung sittlich ver-wahrloster Mädchen, mit einem Etande von 36 - 40 Kindern, soll ein verheirateter Lehrer berufen werden. Derselbe erhält einen Gehalt von 400 - 500 fl. nebst freier Station. Bewerber wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse innerhalb 4 Wochen an den unterzeichneten Ver-waltungsrath wenden, woselbst die näheren Bedingun-gen entgegen genommen werden können. Konstanz, den 17. Januar 1868. Verwaltungsrath der Anstalt für Rettung sittlich ver-wahrloster Mädchen. A. B. Merk, Volderauer.

3.h.445. Bruchsal. Bekanntmachung. Der Verwaltungsrath und Ausschuss der städtischen Sparkasse hat in heutiger Sitzung beschloffen, daß der Zinssfuß für die Einlagen von 1. März l. J. an von 3 1/2 % auf 4 % erhöht wird; was man zur Kenntniß des Publikums bringt. Bruchsal, den 1. Februar 1868. Die Verrechnung. J. Balde.

3.h.459. Stuttgart. Eröffnung meines physikalischen Kabinetts (intermittirender und konstanter galvanischer Strom) zur Behandlung von Kranken, speziell Nervenkranken, in Verbindung mit Hydrotherapie (Wasserheilkunde), auf Grund mehrjähriger erfahrungreicher Praxis in den großen Krankenhäusern Europa's. Sprechstunden: 2-4 Uhr (englisch, französisch, italienisch). Med. et Chir. Dr. Heyd, Redarstraße 49.

3.h.449. Zum als-eine fürstliche Herrschaftsfische wird eine vorzügliche Köchin gesucht. Anmeldungen solcher Personen, welche durch Vorlage von Zeugnissen ihre Befähigung und ihren guten Gemuth nachweisen können, nimmt die Expedition dieses Blattes in Empfang.

3.h.441. Für ein Confections-Geschäft wird ein ge-wandter Verkäufer gesucht. Offerten erwartet man C. 60 poste restante Karlsruhe franco.

3.h.279. Heilberg. Verkauf einer Orgel. Die in der St. Peterkirche hier befindliche Orgel soll verkauft werden. Christliche Angebote für solche sind binnen 4 Wochen bei dem Unterzeichneten einzureichen. Wegen Einfachnahme wende man sich an Kirchendiener Bauer, Markt Nr. 73. Heilberg, den 27. Januar 1868. Gwang. prot. Kirchengemeinderath. Der Vorsitzende: K. Bittel.

3.f.808. Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft. Veränderte Abgangstage der directen Post-Dampfschiffahrt zwischen Hamburg und New-York.

In Folge der mit dem Norddeutschen Bunde, den Vereinigten Staaten und Groß-britannien geschlossenen Post-Convention werden die Post-Dampfschiffe, statt wie bisher am Sonnabend, fortan am Mittwoch, Morgens, von Hamburg, Southampton anlaufend, expedirt, und zwar wie folgt:

Table with columns for ship names (Cimbria, Germania, Allemania, Cimbria, Saronia), departure dates, and destinations (Hamburg, Southampton, Westphalia). Includes passenger prices and freight rates.

Ein in Norddeutschland an der Eisenbahn sehr günstig gelegenes, gut renommirtes Etablissement soll Familienverhältnisse halber unter der Hand verkauft werden. Kaufsinteressenten erfahren Näheres, wenn sie ihre Adresse franco unter N 1061 an die Annoncen-Expedition des Herrn Rudolf Mosse in Berlin einreichen.

3.h.447. Grünwinkel bei Karlsruhe. Verkauf von Stoppelrüben. Nächster Montag den 10. Februar, Vormittags 10 Uhr, versteigert der Unterzeichnete ca. 1500 Zentner weiße Rüben. G. Sauer in Grünwinkel bei Karlsruhe.

Das Schloßchen bei Durlach enthaltend 3 Wohnhäuser, 1 Oekonomiegebäude, mit Gärten, Kiefern, Ländereien etc., in der schönsten Lage und mit der herrlichsten Aussicht, steht als Land-sitz oder als öffentlicher Erholungsort zu verkaufen. Zu letzterem ist zu bemerken, daß schon früher ein Real-Wirtschaftsrecht auf demselben ausgeübt wurde, daß es noch auf demselben besteht, und daß es sich für diesen Zweck ganz besonders seiner schönen Lage wegen eignet. Das Nähere im großen Hauptsaal beim Ei-genhümer zu erfahren. B. 453.

3.e.208. Müdau. Steigerungs-Ankünd-igung. In Folge richtiger Verfügung werden aus der Gantmasse des Landwirths Johann Josef Brandeis von Untereudorf dessen Liegenschaften gegen Ziel-zahlung: a) auf Untereudorf und Hollerbacher Gemarkung Mittwoch den 19. Februar l. J. Vormittags 9 Uhr, in der Kathedrale zu Untereudorf öffentlich versteigert und der Zuschlag ertheilt, wenn der Schätzungswert oder mehr geboten wird, nämlich: 1. Ein Wohnhaus mit Scheuer und Stal-lung nebst Hofrath, neben Valentin Henu und Franz Michael Hofmann 650 fl. 2. 3 Gärten, 13 Acker, 5 Wiesen und 5 Stücke Wald in verschiedenen Lagen und Größen 3417 fl. Zusammen 4067 fl.

3.h.447. Nr. 168. Bruchsal. (Holzversteigerung.) In den Domänenwaldungen diesesjeigen Gerichtsbezirks werden nachgenannte Holzsortimente ver-steigert, und zwar Montag den 10. Februar d. J. in III. 26, 27, 28, 29 Zughardt zwischen der Kronauer-Kirchacher Straße in dem Brandlacher-Richtweg: 1 Kstfr. eichenes Buchholz, 1 Kstfr. eichenes Rothholz, 145 1/2 Kstfr. buchenes, 6 Kstfr. eichenes, 8 Kstfr. eichenes, 85 1/2 Kstfr. forlenes und gemischtes Scheitholz; 58 1/2 Kstfr. buchenes, 1 Kstfr. eichenes, 2 Kstfr. eichenes, 81 Kstfr. forlenes und gemischtes Brühlholz; 80 1/2 Kstfr. buchenes und gemischtes Stochholz, 12200

3.e.999. Seelbach. Steigerungsankün-digung. In Folge richtiger Verfügung werden dem Josef Sinmelbach von Schönberg am Mittwoch den 19. Februar d. J. Nachmittags 3 Uhr, im Böwewirthshaus zu Schönberg die nachbeschriebe-nen Liegenschaften öffentlich versteigert und dabei der Zuschlag ertheilt, wenn der Schätzungswert oder mehr geboten wird. Beschreibung der Liegenschaften. Schätzungswert

Table listing various types of bonds and securities (e.g., 3 1/2% Obligation, 4% Obligation) with their respective values and interest rates.

Table titled 'Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten' listing various stocks and bonds from different companies and regions, including prices and interest rates.

Suchene, forlene und gemischte Wellen. Zusammenkunft früh halb 9 Uhr am Häuschen auf dem Brandlacher Richtweg. Bruchsal, den 31. Januar 1868. Großh. Adv. Bezirksforstlei. F. v. Girard.

3.e.191. Nr. 495. Wolfach. (Bekannt-machung.) In Sachen mehrerer Gläubiger gegen die Gantmasse des Kläfers Friedrich Bühler in Schiltach, Forderung und Vorzugsrecht betr., wird die Vermögensabänderung zwischen dem Gantmann und seiner Ehefrau Christine Bühler, geb. Trautwein, auf den Antrag der Letztern ausgesprochen. Wolfach, den 29. Januar 1868. Großh. Adv. Amtsgericht. Feyerlin.

3.e.192. Nr. 941. Adelsheim. (Bekannt-machung.) Da innerhalb der durch Verfügung vom 11. November v. J. Nr. 9407. gegebenen zweimonat-lichen Frist dingliche, leihrechtliche oder fideicommissarische Ansprüche auf die dort angegebene Liegenschaft nicht erhoben wurden, so werden dergleichen Ansprüche dem Gottfried, Thomas und Jakob Hattinger, Mathias Zimmermann, Georg Schwarz und Christof Seig Wittve von Adelsheim gegenüber für erloschen erklärt. Adelsheim, den 29. Januar 1868. Großh. Adv. Amtsgericht. Bärenklau.

3.e.219. Nr. 2395. Lössau. (Auffor-derung und Forderung.) Der Schlichter Friedrich Schneider von Brombach, der sich durch Nichter-gehen ihn eingeleiteten Unternehmung wegen Entwen-dung von Geld im ungefähren Betrag von 36 fl., zum Nachtheil des Eignungs Döbele dastelt, entzogen hat, wird aufgefordert, sich binnen 14 Tagen darüber zu stellen, indem sonst nach dem Ergebniß der Untersuchung das Erkenntniß gefaßt würde. Angleich wird gebeten, auf ihn zu fahnden und ihn im Verretungsfalle anher abzuliefern. Lössau, den 1. Februar 1868. Großh. Adv. Amtsgericht. Lojinger.

3.e.211. Nr. 1173. Weiten. (Fahndung.) Der der Körperverletzung angeschuldigte Jakob Horst von Gombelshausen hat sich heimlich aus seinem Wohnort entfernt, und ist dessen jetziger Aufenthaltsort unbekannt. Wir bitten, auf denselben zu fahnden und ihn im Verretungsfalle anher einzuliefern. Weiten, den 1. Februar 1868. Großh. Adv. Amtsgericht. Krumm.

3.e.215. Nr. 2729. Bfrozheim. (Fahndungsurkunde.) Unter Fahndungsur-schreiben vom 31. v. Mts. Nr. 2477. bezüglich der Entlieferung der Elisabeth Weiz von Hohenwarty nehmen wir, da dieselbe eingebracht wurde, jurid. Bfrozheim, den 3. Februar 1868. Großh. Adv. Amtsgericht. Schember.

3.e.152. Nr. 863. Oberkirch. (Bekannt-machung.) J. U. S. den Musketier Gregor Boscherl von Oberkirch wegen Dejection. Das diesseitige Ausschreiben vom 13. d. Mts. Nr. 430. wird zurückgenommen, da Gregor Boscherl sich selbst hat. Oberkirch, den 27. Januar 1868. Großh. Adv. Bezirksamt. Meßger.

3.e.203. Nr. 1525. Raffatt. (Bekannt-machung.) Nachdem der Leinwand der wegen Nord-verdachts angeschuldigten Ehefrau des Maurers Balen-sin Heinrich von hier heute aufgefunden worden ist, wird die unterm 23. dieses Monats, Nr. 1002. ver-fügte Vermögensbeschlagnahme hiermit aufgehoben. Raffatt, den 31. Januar 1868. Großh. Adv. Amtsgericht. Feig.

Table titled 'Kilchen-Kauf' listing various types of bonds and securities (e.g., 3 1/2% Obligation, 4% Obligation) with their respective values and interest rates.